

QUARTALSBERICHT

Projektland: Ungarn

Quartal/Jahr: III/2011

SCHLAGZEILEN

1. **Nachlese der ungarischen EU-Ratspräsidentschaft/Sommerpause**
2. **Haushaltsdebatte**
3. **Die "Frankenkrise"**

1. Nachlese der ungarischen EU-Ratspräsidentschaft/Sommerpause

Mit der Übergabe der EU-Ratspräsidentschaft an Polen am 30. Juni 2011 war ein erleichterndes Aufatmen im politischen Budapest zu vernehmen. Der Vorsitz bei den wichtigsten Gremien der EU ist für ein junges Mitgliedsland auch immer ein wenig "Unionsreifepfung", denn mit einer Ratspräsidentschaft wird eine Regierung an ihre Leistungsfähigkeit gebracht und werden die meisten Institutionen auf ihre Funktionalität hin getestet. Konnte man nach dem EU-Beitritt 2004 langsam den Finger und Kritik an Richtlinien sowie Entscheidungen aus Brüssel erheben, war Ungarn nun selbst Adressat solcher Kritik ein halbes Jahr lang. Ein gewaltiges Arbeitspensum musste bewältigt und unzählige Sitzungen abgehalten werden, was die Ministerien und Verwaltung gut umsetzen konnten. Roma- und Donaustrategie, Beitrittsverhandlungen mit Kroatien, Eurokrisengipfel und arabischer Frühling bildeten eine weite Spanne. Premierminister Orbán hatte daher der Regierung und allen Beteiligten eine längere Sommerpause gegönnt. Dennoch war die Sommerpause alles andere als eine Sauregurkenzeit in Budapest. Fallender Forint, mäßiges Wirtschaftswachstum und die Haushaltslage beherrschten die Schlagzeilen. Parallel liefen noch die Debatten und Abstimmungen zu den Gesetzen, die mit Zweidrittelmehrheit beschlossen werden müssen, damit die neue Verfassung ab 1. Januar 2012 in Kraft treten kann. So gesehen war die längere Sommerpause, die eigentlich bis Mitte September gehen sollte, relativ arbeitsreich. Für den Herbst hat Ministerpräsident Orbán die Devise ausgegeben: *"Der Herbst wird sich ausgesprochen kämpferisch gestalten, er wird erfüllt sein von politischen Kämpfen um die Souveränität des Landes."* Im Hinblick auf die ungarische Außen- und Wirtschaftspolitik merkte er an: *"Eine gute Außenpolitik stellt die transatlantische Verbindung nicht in Frage, erlaubt aber eine möglichst große sowie für die ungarische*

Wirtschaft vorteilhafte Zusammenarbeit mit China, Russland, der arabischen Welt und der aufstrebenden mittelasiatischen Region.“¹

2. Haushalt

Im laufenden Haushaltsjahr zeigte sich immer wieder, dass die globale Wirtschaftskrise auch vor Ungarn nicht halt macht. Mit Kostensenkungen und Steueranhebungen kamen rund 90 Mrd. Forint zusätzlich in die Staatskasse (derzeit 302 Mio. Euro, zur Jahresmitte wären es noch 342 Mio. Euro gewesen). Derzeit überlegt sich die Regierung, woher die noch fehlenden 10 Mrd. Forint kommen sollen, um das Haushaltsloch stopfen zu können. Angeblich soll diese Summe aus Aktienverkäufen der anfangs des Jahres verstaatlichten Rentenpapiere kommen. Selbst die sog. "Chipssteuer" auf vermeintlich ungesunde Lebensmittel wie Chips, stark zuckerhaltige Ergetriedrinks sowie fettige oder gezuckerte Backwaren und Lebensmittel soll beitragen, das Budgetdefizit zu mindern. Aber schon soll ein neues Loch in Höhe von 250 Mrd. Forint durch Mehrwertsteuererstattungen an Unternehmen aufgrund einer EU-Entscheidung klaffen. Der harte Sparkurs von Ministerpräsident Orbán soll dennoch durchgehalten werden. So ist geplant, bis Jahresende noch Kredite in Höhe von 4 Mrd. Euro zurückzuzahlen. Wirtschaftsexperten kritisieren allerdings, dass erst im Frühjahr eine neue Kreditlinie auf den Markt gebracht wurde. Bis Ende August belief sich das Haushaltsdefizit auf rund 5,7 Mrd. Euro. Ursprünglich hatte die Regierung vor, mit einem neuen Steuersystem mehr Geld einzunehmen und auch mehr Investoren anzulocken. Das Ziel musste nun aber relativiert werden. Die Flat Tax von 16% Einkommensteuer wird ab einem monatlichen Einkommen von 202.000 Forint (ca. 760 Euro) ab 2012 wieder zusätzlich besteuert. Der Mindestlohn wurde dafür um 18% angehoben und soll nun rund 330 Euro pro Monat betragen. Das Wirtschaftswachstum bleibt weiterhin das Sorgenkind und bewegt sich bei noch im Europaschnitt guten 1,5%. Allerdings ist es zu wenig, um die weiteren Haushaltsplanungen für das Jahr 2012 tragen zu können, denn dann sind keine Reserven mehr wie bei der Verstaatlichung der 3. Rentensäule vorhanden.

3. Die "Frankenkrise"

Bereits im Frühjahr zeichnete sich ab, dass etliche Immobilienbesitzer ihre Fremdwährungskredite nicht mehr bedienen können. Schuld ist der durch die Weltwirtschaftskrise in Bedrängnis geratene ungarische Forint (HUF). Noch zu Jahresbeginn stand der Euro bei rund 265 HUF, am 04. Oktober 2011 erreichte er seinen bisherigen Spitzenwert mit knapp 300 HUF. Einhergehend, aber viel drastischer verteuerte sich auch der Schweizer Franken. Er blieb zwischen September 2006 bis 2008 immer um die 150 HUF/CHF, verteuerte sich aber dann bis September 2011 auf über 255 HUF/CHF. Viele Ungarn haben vor Jahren zu einem überschaubaren

¹ Zitatquelle: Budapestter Zeitung Nr. 36 vom 2. September 2011, Seite 3

Kurs einen Kredit in Schweizer Franken aufgenommen, der vermeintlich nicht so hohen Inflationssteigerungen unterliegt wie der Forint. Die geldgebenden Banken kommen vor allem aus Österreich, so hat die Erste Bank alleine rund 3 Mrd. Euro an Fremdwährungskrediten an private Schuldner vergeben. Derzeit sollen rund 1,3 Millionen Ungarn betroffen sein. Durch den gefallenen Forint haben sich die Kredite um bis zu 60% bei Zins- und Tilgungsraten verteuert. Eine Welle der Privatinsolvenz und Zwangsverkäufe drohte und droht noch immer. Die Regierung von Ministerpräsident Orbán hat sich daraufhin entschlossen, im September ein Gesetz zu erlassen, dass die Banken dazu verpflichtet, die zu Lasten des Kreditnehmers gegangene Verteuerung seiner Verpflichtungen abzumildern. Die Schuldner sollen ihren Kredit zu einem derzeit rund 20% günstigerem Kurs zurückzahlen, was für den einen oder anderen Kreditnehmer immer noch zu hoch sein wird. Bis zum Dezember können sich Kreditnehmer bei ihrer Bank melden, um eine vorzeitige Tilgung zum festgelegten Kurs von 180HUF/CHF vornehmen zu können. Die Tilgung muss dann innerhalb von 60 Tagen erfolgen. Diese Ausfälle bezifferte die österreichische Raiffeisenbank bei sich selbst mit rund 120 Mio. Euro. Insgesamt sollen es bei allen Banken ca. 500 Mio. Euro Forderungsausfälle sein. Ursache der Krise ist auch die Tatsache, dass in Ungarn Immobilienkredite fast ausschließlich mit variablem Zinssatz vergeben werden und somit das Zinsrisiko, hier noch gepaart mit dem Währungsschwankungsrisiko, auf den Kreditnehmer lastet. Laut Gesetz müssen die Banken die Rückzahlung nun zu einem günstigeren Zinssatz hinnehmen. Die betroffenen Banken beklagen, dass es fast nur ausländische und hier vor allem österreichische Banken trifft, da rund 80% des Bankensektors in ausländischem Besitz sind. Als erste Reaktion auf die Forderungsausfälle in den Büchern der Banken hat die Ratingagentur Moody's eine Herabstufung von sieben Banken angekündigt. Vor allem die österreichischen Banken wollen prüfen, wie man juristisch dagegen vorgehen kann und erwägen eine europarechtliche Prüfung wegen Behinderung der Freiheit im Kapitalverkehr. Zudem wollen einige Banken wie die Raiffeisenbank vorerst ihre Investitionen in andere Länder umleiten.

Ulrich Kleppmann

Der Autor ist Leiter der Vertretung der Hanns-Seidel-Stiftung in Budapest, Ungarn.

IMPRESSUM

Erstellt: 06.10.2011

Herausgeber: Hanns-Seidel-Stiftung e.V., Copyright 2011

Lazarettstr. 33, 80636 München

Vorsitzender: Dr. h.c. mult. Hans Zehetmair, Staatsminister a.D., Senator E.h.

Hauptgeschäftsführer: Dr. Peter Witterauf

Verantwortlich: Christian J. Hegemer, Leiter des Instituts für Internationale Zusammenarbeit

Tel. +49 (0)89 1258-0 | Fax -359

E-Mail: ijz@hss.de | www.hss.de